

Presseerklärung vom 30.06.2017 zur „Ehe für alle“

Der 30. Juni 2017 ist ein historischer Tag und ein Tag zum Feiern, nicht nur für unsere Community. Am heutigen Tag wurde ein Zeichen für den gesellschaftlichen Fortschritt gesetzt – ein Zeichen dafür, dass der unermüdliche Einsatz für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung nicht vergeblich war und ist.

Der Deutsche Bundestag hat mit 393 zu 226 Stimmen – mit einer viel breiteren Mehrheit, als nach „Fraktionsraison“ zu erwarten gewesen wäre – beschlossen, gleichgeschlechtlichen Paaren die Eheschließung zu ermöglichen. Damit fand sich in der Politik endlich eine Mehrheit, die es in der Bevölkerung schon lange gab – und Deutschland geht einen Schritt, den viele andere Länder bereits gegangen sind. Ein Dank an alle Abgeordneten, die hier ihrem Gewissen gefolgt sind und diesen Durchbruch möglich gemacht haben. Denn letztlich war die Entscheidung längst überfällig und auch keineswegs überstürzt, wie man angesichts ihres Zustandekommens in der letzten Woche denken könnte. Der nun verabschiedete Gesetzentwurf des Bundesrates wurde allein in dieser Legislaturperiode schon mehrfach im Bundestag beraten, noch viel öfter im Innen- und Rechtsausschuss, und dann doch immer wieder vertagt. Er ist kein Schnellschuss, sondern das Ergebnis langer Debatten, die inhaltlich längst entschieden waren – vor allem aber ist er das Ergebnis noch viel längeren zähen Ringens und unermüdlichen Einsatzes all jener, die sich zum Teil seit Jahrzehnten für dieses Stück Normalität und Selbstverständlichkeit eingesetzt haben. Wir haben bei aller Feierlaune denen zu danken, die schon zu Zeiten, als dies weit weniger selbstverständlich und mit viel größeren Risiken als heute verbunden war, für unser aller Rechte auf die Straße gegangen sind. Der heutige Tag steht am Ende einer langen Reihe von Anstrengungen, von der „Aktion Standesamt“, bei der zahlreiche gleichgeschlechtliche Paare 1992 versucht haben das Aufgebot zu bestellen, über die hiesige Postkartenaktion „Bremen sagt ja“ und den Einsatz vieler politischer und juristischer Vorkämpfer (Volker Beck, Manfred Bruns und Dirk Siegfried sind nur einige der vielen Namen, die hier zu nennen wären) bis hin zu den vom Land Bremen mitgetragenen Bundesratsinitiativen, die am Ende zum jetzt angenommenen Gesetzesentwurf geführt haben. In diesem Sinne gilt ein besonderer Dank auch der gesamten Community und allen aktuellen und ehemaligen Mitarbeitenden des Rat&Tat-Zentrums, die sich in den letzten 35 Jahren in dieser Sache engagiert haben.

Bei alledem geht es nicht nur um den Begriff „Ehe“, hier wird letztlich nur der Realität Rechnung getragen. Wer hätte bislang schon gefragt „Willst du mit mir eine Eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen?“ statt „Willst du mich heiraten?“ – nein, vielmehr kehrt ein Stück Normalität ein. Kindern aus Regenbogenfamilien wird signalisiert, dass ihrer Familie, die sie lieben und in der sie Liebe erfahren, von der Gesellschaft dieselbe Wertschätzung zu teil wird wie jeder anderen auch. Sie müssen sich hoffentlich auch bald weniger Gedanken über Begriffe wie „Sukzessivadoption“ machen oder Unsicherheiten und ewige Papierkriege befürchten. Und auch Paare, in denen mindestens ein Mensch trans* ist, sehen sich mit genug Absurditäten konfrontiert – auch ohne die Frage, ob sie nun eine Ehe oder eine Eingetragene Partnerschaft führen (dürfen).

Mit der heutigen Entscheidung ist natürlich der Kampf gegen die alltägliche Diskriminierung nicht plötzlich beendet – aber gerade für diesen langen und oft genug ermüdenden Kampf, im Kleinen wie im Großen, ist es ein wichtiges Signal der Akzeptanz, das unsere Gesellschaft als Ganzes, repräsentiert durch unsere Abgeordneten, heute gesetzt hat.